Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt und „Handels-Zeitung erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags ein- [illegible] Wöchentl. Beiblätter: Montag „Zeitgeist", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Weltspiegel", Freitag illustriertes Witzblatt „ULK", Mittwoch „Haus Hof Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches und der besetzt. Gebiete, Oesterr.-Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 8,25 Mark exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,75 Mark, vierteljährlich 8,25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 Mark, fürs Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 8 Mark. Feldpost-Abonnements 3,25 Mark monatlich. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für d. Fernverkehr Nr. 14207—14209), u. d. nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 M. u. 70 % Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche mit 50 % Zuschlag. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönh. All. 144; Moritzplatz; Nathenower Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnb Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Pankow: Borholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg. Str. 23. Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 4.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 529
47. Jahrgang

Mittwoch
16. Oktober 1918

Die zweite Antwortnote Wilsons.

T. W. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat in seinen Reden und Botschaften immer zwischen dem deutschen Volke und denjenigen unterschieden, die bisher über das Schicksal Deutschlands allein bestimmt haben, oder die Vertreter militaristisch-nationalistischen Geistes gewesen sind. Er hat bei den verschiedensten Gelegenheiten zugleich seine Abneigung gegen alles, was das bisherige System in Deutschland verkörperte, und seine Sympathie für das Volk betont. Wenn wir glauben sollen, daß er wirklich für die Zukunft Versöhnung und freundschaftliche Vereinigung der Nationen erstrebt, dann müßten auch heute seine Worte von dem Tone des Siegers freibleiben, der seinen Willen diktiert. Einen Rechtsfrieden kann man schwerlich vorbereiten, indem man die Sprache der Gewaltpolitiker übernimmt.

Es war vorherzusehen, daß Wilson nach der deutschen Note, die seine ersten drei Fragen bejahte, nicht mit der einfachen Erklärung hervortreten würde, die Verhandlungen über Räumung und Waffenstillstand könnten nun beginnen, der Tisch sei gedeckt. Seine Forderung, daß die besetzten Gebiete geräumt werden sollten, hatte in den militärischen Kreisen Frankreichs und Englands, die nicht den Abzug der deutschen Heere, sondern die Fortsetzung der Schlacht begehren, offenbar Ueberraschung, Verstimmung und Widerspruch erregt. Man lobte öffentlich die Haltung Wilsons und kritisierte im Stillen. Man bearbeitete ihn von allen Seiten und veranlaßte ihn, das Postskriptum abzufassen, das jetzt vor uns liegt. Es heißt darin, die Räumung des Gebietes und die Bedingungen des Waffenstillstandes seien „Fragen, die der Entscheidung und den Ratschlägen der militärischen Ratgeber der Regierung der Vereinigten Staaten und der assoziierten Mächte vorbehalten sind". Soll das heißen, daß das Recht zur Entscheidung nur den militärischen Ratgebern der Entente, nicht auch denjenigen Deutschlands, gebühre, oder soll gesagt werden, diese Räumungsfrage sei eine Angelegenheit des Militärs im allgemeinen, nicht des Zivils? Zu einer solchen Vereinbarung, in der die technischen Lösungen eine wesentliche Rolle spielen, gehören immer die beiden Parteien. Selbst nach all den Niederlagen, die Frankreich 1870 erlitten hatte, verhandelte Bismarck über die Räumungsfrage mit Thiers. Wilson kündigt dann, um überflüssige Illusionen zu zerstören, gleich weitere Forderungen an. Er spricht von „völlig befriedigenden Sicherheiten und Bürgschaften" dafür, daß die heutige militärische Ueberlegenheit der amerikanischen und alliierten Streitkräfte im Felde aufrechterhalten bleibt. Die Ententeblätter haben in den letzten Tagen die „Sicherheiten und Bürgschaften", die man fordern könne oder solle, aufgezählt. Die einen haben die Herausgabe von Metz, die anderen Auslieferung der Waffen, wieder andere die Besetzung Elsaß-Lothringens durch neutrale Truppen und ähnliches verlangt. So weit ist es ja, auch für uns, noch nicht. Aber man muß darauf gefaßt sein, daß Wilson von seinen etwas mehr philosophisch gehaltenen vierzehn Punkten bald zu diesen strategischen Punkten übergehen wird.

Wilson sagt dann, solange „die bewaffneten Streitkräfte Deutschlands ihre gesetzwidrigen, unmenschlichen Handlungen fortsetzen", würden weder die amerikanische Regierung selbst, noch die mit ihr verbündeten Regierungen einen Waffenstillstand in Erwägung ziehen. Er weist auf die fortdauernde Tätigkeit der U-Boote und auf besondere Grausamkeiten, die dabei angeblich vorgekommen sein sollen, hin. Der U-Boot-Krieg, dessen Resultate sich ja stetig vermindern, wird natürlich ganz von selbst an dem Tage aufhören, wo der Waffenstillstand vereinbart sein wird. Ob man ihn schon etwas früher abbrechen könnte, dürfte davon abhängen, wie aussichtsvoll die Waffenstillstandsverhandlungen sind. Wilson behauptet, „bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge in Flandern und Frankreich" setzten die deutschen Armeen die rücksichtslose, gegen die Regeln zivilisierter Kriegführung verstoßende Zerstörung und die Plünderung der Städte und Dörfer fort. Solange „Raub und Verwüstung" fortdauerten, werde den alliierten Regierungen die Genehmigung eines Waffenstillstandes nicht zuzumuten sein. Es ist in den deutschen amtlichen oder halbamtlichen Berichten immer erklärt worden, die hinter oder in der deutschen Front liegenden Städte würden von den Engländern und von den Franzosen selber rücksichtslos bombardiert. In zwei Kundgebungen, die an die Neutralen, und über die Neutralen hinweg an die Ententeregierungen, sich richteten, ist die tieftraurige Lage geschildert worden, in die infolge der Beschießung die Bewohner von Lille, Douai, Valenciennes und anderen Städten geraten sind. Wir haben gelesen, wie diese unglückliche Bevölkerung ohne Obdach, kaum mit spärlichster Nahrung, herumirrt und, nach vierjähriger Okkupation, nun auch noch das äußerste Elend zu erdulden hat. Es scheint nicht, daß die Leitung der Ententeheere sich ihrer erbarmt. In Paris ist, durch eine Havas-Mitteilung, die Behauptung verbreitet worden, die Deutschen hätten nach ihrem Abzuge durch zurückgelassene Minen Cambrai zerstört und in Brand gesteckt. Mit diesen und ähnlichen Meldungen hat man erfolgreich auf den Sinn Wilsons eingewirkt. Von der Scheußlichkeit des Krieges sind diejenigen, die das alles nicht mit dem rosigen Temperament der veredelnden Erzähler und Lyriker ansahen, nicht erst seit heute überzeugt. Gleichfalls nicht erst seit heute sind rechtlich empfindende Leute davon überzeugt, daß gegen jede überflüssige Zerstörung, gegen jede Plünderung jeden wirklichen Raub privaten Gutes mit den strengsten Strafen vorgegangen werden muß. Shakespeare läßt den König Heinrich den Vierten sagen: „Wir erteilen ausdrücklich Befehl, daß auf unseren Märschen durch das Land nichts von den Dörfern erzwungen werde, nichts genommen, ohne zu bezahlen, daß kein Franzose geschmäht oder mit verächtlichen Reden mißhandelt werde, denn wenn Milde und Grausamkeit um ein Königreich spielen, so wird der gelindeste Spieler am ersten gewinnen." Die Kriegstheorien haben seit Shakespeare einige Fortschritte oder Rückschritte gemacht, und die militärischen Notwendigkeiten wurden erheblich ausgedehnt. Aber auch diejenigen, die nicht gläubig allen heimatlichen Tugendliedern lauschen und die sich klar darüber sind, daß neben dem militärischen Geist der militaristische existiert, werden sich nicht einreden lassen, Wilson breite die Vaterarme nur über Gerechte aus. Sie werden nicht an die sanfte Gemütsart jedes Senegalnegers, nicht an die Mildherzigkeit jedes Burschen aus dem Londoner Eastend glauben und nicht einmal in jedem Sprößling aus New-York einen Engel an Güte sehen. Wilson versichert, sein Herz sei voll Schrecken und empört, und es gibt überall redliche Menschen, deren Herz beim Gedenken an dieses unsagbare Elend voll Schrecken ist. Aber die nicht auf Gewaltideen eingeschworenen Völker oder Volksteile und all die Neutralen, die gestern die deutsche Antwort warm feierten und die wir als Zeugen anrufen, dürften erstaunt darüber sein, daß jemand, der wie Wilson mit erschrecktem und empörtem Herzen die Verwüstung betrachtet, auch jetzt das Unheil verlängern und ausbreiten lassen will. Deutschland hat jene Entsagung gezeigt, die bei schwachen Völkern den Tadel der Geschichte zu erwarten hätte, ein zukunftssicheres, starkes Volk nicht zu erniedrigen vermag. Wir haben für diese Handlung den Spruch der Geschichte nicht zu fürchten, aber wie steht es mit denjenigen, die alles Erreichbare erreichen können und doch, mit erschrecktem und empörtem Herzen, in entfesselter Triumphlust es dahin treiben, daß noch Tausende am Wege verschmachten, noch Hunderttausende auf der blutstinkenden Erde fallen?

Am Schlusse seiner Note erinnert Wilson an die Rede, die er am 1. Juli gehalten hat. Er hat dort „die Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit" verlangt.

Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus hat Staatssekretär Lansing am 14. d. M. nachmittags dem interimistischen Geschäftsträger der Schweiz und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten die Antwortnote des Präsidenten Wilson auf die Note der deutschen Regierung vom 12. Oktober bekanntgegeben. Die authentische Uebersetzung der Reutermeldung lautet unter erheblichen Abweichungen von dem bereits gestern abend von anderer Seite veröffentlichten Texte wie folgt:

Staatsdepartement, 14. Oktober 1918.

Mein Herr! In Erwiderung auf die Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. d. M., die Sie mir heute aushändigten, habe ich die Ehre, Sie um die Uebermittelung der folgenden Antwort zu bitten:

„Die unbedingte Annahme der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in seiner Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und seinen späteren Ansprachen niedergelegten Bedingungen durch die gegenwärtige deutsche Regierung und eine große Mehrheit des Deutschen Reichstages berechtigt den Präsidenten zu einer freimütigen und unumwundenen Erklärung über die Entscheidung, die er auf die Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 hin getroffen hat.

Es muß Klarheit darüber herrschen, daß der Vorgang der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Gegenstände sind, die dem Urteil und dem Rat der militärischen Ratgeber der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen bleiben müssen, und der Präsident empfindet es als seine Pflicht, zu sagen, daß keine Vereinbarung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten im Felde vorsieht. Er glaubt mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sind. Der Präsident hält es ebenfalls für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß sich weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch, wie er sicher annimmt, die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als kriegführende Macht verbunden sind, auf die Erörterung eines Waffenstillstandes einlassen werden, solange die deutschen Streitkräfte die ungesetzlichen und unmenschlichen Handlungen fortsetzen, auf denen sie immer noch beharren.

Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken, und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und Frankreich den Weg mutwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet worden ist. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner, beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland verbundenen Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderung und Verwüstung, fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörtem Herzen blicken.

Zur Vermeidung jeder Möglichkeit eines Mißverständnisses hält es der Präsident weiter für nötig, die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands in feierlichster Form auf den Wortlaut und klaren Sinn einer der Friedensbedingungen zu lenken, die die deutsche Regierung soeben angenommen hat. Sie ist in der Ansprache des Präsidenten in Mount Vernon am 4. Juli d. J. enthalten und lautet:

„Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit."

Und die Macht, die bisher die deutsche Nation beherrscht, ist von der hier beschriebenen Art. Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen Nation, das zu ändern. Die soeben angeführten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine (die) Bedingung, die dem Frieden vorangehen muß, wenn anders der Friede durch die Handlungsweise des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu sagen, daß nach seinem Urteil die ganze Durchführung des Friedens von der Bestimmtheit und dem zufriedenstellenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, die in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich notwendig, daß die gegen Deutschland verbundenen Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie es zu tun haben."

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die kaiserliche und königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn senden.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung. **Robert Lansing.**